

TOP 1 – Stand Handelsverträge

1. Mercosur: Peter nahm an Netzwerktreffen teil: Referent war Uwe Hiks (Mitglied IG BAU). Netzwerk besteht aus vielen NGOs, u.a. Greenpeace, BUND. Das beschlossene Abkommen wird derzeit von mindestens 3 europäischen Staaten nicht ratifiziert, vor allem wegen der Widerstände von Umweltschutzabkommen wegen brennendem Regenwald.
2. CETA: Ratifizierung wird derzeit von Zypern verhindert, handelt sich allerdings nur um eine Kleinigkeit. Weiterer Widerstand kommt von den Niederlanden und einer Belgischen Regionalpartei, die allerdings Teil der Regierung Belgiens ist.
3. ASEAN+: regionales Abkommen inklusive Chinas, Australien und Neuseeland, aber ohne Indien, das eine Öffnung ihres Agrarmarktes befürchtet. Das Abkommen umfasst weder Einführung einer Paralleljustiz für Investitionsschutz, noch die Einführung regulatorischer Konsultationen vor Gesetzesentwürfen. Allerdings enthält es auch keine Umweltschutzaufgaben. (Einzelheiten referiert Jörn beim nächsten Treffen am 11.01.2021).

TOP 2 – Stand Lieferkettengesetz

Peter hat beim DGB wegen seiner Stellungnahme angefragt. Zuständig dort ist Frank Zach, der dazu gearbeitet hat. Bisher liegt noch kein Referentenentwurf vor, das Gesetzesvorhaben steht aber im Koalitionsvertrag. Beim Gesetz soll es sich um die Gewährleistung der Einhaltung von menschen-, umwelt- und gewerkschaftsrechtlichen Standards durch deutsche Unternehmen im Ausland handeln. Ein Gesetzentwurf müsste zwischen den Ministerien Wirtschaft (Peter Altmaier, CDU), Arbeit (Hubertus Heil, SPD) und Entwicklungszusammenarbeit (Müller, CSU) abgestimmt werden. Bisher bekannt ist:

1. Altmaier will die Grenze bei 5.000 Beschäftigten (bundesweit 180 Unternehmen), Heil und Müller ab 500 Mitarbeitern (8.000 Unternehmen) setzen.
2. Heil und Müller möchten über den Rechtsweg einklagbare strafbewerte Sanktionen für verurteilte Unternehmen, Altmaier möchte nur Benennungen, aber keine Sanktionen. Er wird dabei unterstützt vom CDU-Wirtschaftsrat sowie von BDI, BDA und DIHK, die in einer gemeinsamen Stellungnahme ein strafbewehrtes Gesetz „als realitätsfern“ bezeichnen. Ihrer Ansicht nach sollen Unternehmen haften nur für von ihnen selbst veranlasste Maßnahmen, während die Forderungen auf eine Generalunternehmerhaftung zielen. Ausführlich dazu der [Text von „Lobbycontrol“](#), die fordern dass auch im Ausland tätige Unternehmen in ihren Lieferketten bei Verstößen mit Bußgeldern belegt und von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.

TOP 3 – Termine

08.12.2021: Beiratssitzung Berlin-Brandenburg, vom AK TTIP sind Gudrun und Dieter Szabadi dabei.

11.01.2022: nächste Sitzung AK TTIP mit TOP 1: regionales Handelsabkommen zwischen ASEAN+-Staaten, und TOP 2: vorbereiten einer Liste von Spiegelstrichen mit unseren Forderungen an den DGB für die Erstellung für bundesweiter Wahlprüfsteine. Zum nächsten Treffen im Februar lädt Peter als Referenten Fritz Heil vom Bundesvorstand ein, der im Auftrag des DGB die Forderungen an alle Parteien formulieren soll.

28.01.2021, 19:00, Videokonferenz: Veranstaltung des Netzwerkes zum Entwurf für ein Lieferkettengesetz. Als Referent eingeladen ist Uwe Hiks (Mitglied der IG BAU).

2022: Bundesgewerkschaftstag wird aller Wahrscheinlichkeit auf 2022 verschoben, daher können wir uns mit Wahlen in den AKs Zeit lassen.